

**Persönliche Bewertung und Einordnung der Landtagskandidaten-Antworten  
(Wahlkreis VI, Köln)  
durch Frank Lehmann  
– Mai 2022 –**

**Klimaschutzgesetz**

**CDU:** Keine Antwort, ob eine Novellierung des Gesetzes notwendig ist. Die Behauptung (analog zum Wahlprogramm), dass NRW bereits das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer hätte, ist inhaltlich kaum haltbar. Senkung der Emissionen soll über alle Sektoren erfolgen, aber es wird nicht spezifiziert, wie das geschehen oder kontrolliert werden soll. „Die Stadt Köln hat unter Führung der CDU bereits die Klimaneutralität bis 2035 beschlossen. Dies streben wir auch für NRW an“. Es bleibt unklar, ob NRW also 2035 klimaneutral werden soll (was der mit Abstand ambitionierteste Ansatz aller Parteien wäre) oder nur grundsätzliche Klimaneutral, z.B. wie im aktuellen Klimaschutzgesetz genannt bis 2045

**SPD:** Novellierung notwendig, jährliche Reduktionsziele & Maßnahmen, Überprüfung aller Maßnahmen auf Klimaauswirkungen. Investitionen und Ausbildung/Fachkräfte & handlungsfähige Kommunen. Aber: Keine Äußerung zu sektorspezifischen Zielen

**Die Grünen:** Novellierung, Klimaneutralität 2040, jährliche sektorspezifische Ziele, Klimavorbehalt bei neuen Gesetzen und Klimacheck für bestehende Gesetze

**Kommentar von Frank Lehmann:** Die Antwort der CDU ist sehr oberflächlich und geht auf einige der von uns gestellten Fragen nicht ein. Der Antwort nach strebt sie eher keine Novellierung des Klimaschutzgesetzes an und scheint mit dem Status Quo zufrieden. Die Antworten von SPD und Grüne sind weitestgehend überzeugend, wobei die Grünen m.E. die etwas „bessere“ Antwort haben. Bei der SPD gefällt mir, dass konkret auf die Notwendigkeit für Fachkräftequalifikation und die Bedeutung der Kommunen eingegangen wird.

Die Grünen sind hingegen in der Zielsetzung ambitionierter (2040 vs 2045) und fordern zudem sektorspezifische Ziele.

**Ausbau Erneuerbare Energien**

**CDU:** Windenergie: Verdoppelung der installierten Leistung auf 12 GW bis 2030. Dies entspricht rechnerisch einem jährlichen Zubau von 710 MW/Jahr ab 2022. Vervierfachung der installierten PV Leistung auf 24 GW bis 2030. Dies entspricht rechnerisch einem jährlichen Zubau von 2,2 GW/Jahr ab 2022. An der Mindestabstandsregel hält die CDU fest und gibt die Verantwortung zur Verkürzung an die Kommunen weiter. Keine Darstellung, wie die o.g. Ausbauziele erreicht werden sollen

**SPD:** Abschaffung 1.000 Meter Regel, 2% Landesfläche für Wind, 900-1.000 MW Zubau sowohl bei Wind wie auch PV, Solardachpflicht im GEWERBE für Neubau und Bestand, auskömmliche Förderung für private Häuser (aber keine Solardachpflicht)

**Die Grünen:** Ziel des Bundes wird übernommen, also 80% EE im Stromsektor bis 2030, 100% bis 2035. Abschaffung 1.000 Meter Regel, 2% Landesfläche für Wind, etwas 1.000 MW Zubau, Beschleunigung Genehmigungsverfahren durch Task Force. PV: Zubau schrittweise auf mehrere GW/Jahr erhöhen, schrittweise Solardachpflicht, für Neubau und

perspektivisch Bestand wie in BaWü (heißt damit: auch für private Häuser, wenngleich sie es nicht explizit schreibt). Zudem Freiflächenanlagen entlang Autobahnen und Schienen + Floating-PV + Agri-PV  
Mein Kommentar: Für den Windausbau sind die Ziele von SPD und Grüne quasi identisch (und jeweils voraussichtlich ausreichend). Das Ziel der CDU für den Windkraftausbau ist nicht ausreichend und c.a. 30% unter der benötigten jährlichen Zubaumenge. Das Ziel der CDU für den PV-Ausbau ist sehr ambitioniert (doppelt so ambitioniert wie das der SPD) und entspricht der Forderung des Landesverbands Erneuerbare Energien, wobei durch die CDU nicht dargelegt wird, wie dies erreicht werden soll. Bei PV sind Die Grünen deutlich ambitionierter als die SPD; das Grünen-Ziel einer schrittweisen Erhöhung auf "mehrere GWp / Jahr" kann ausreichend sein, während das SPD-Ziel von rund 1.000MW PV-Zubau nicht ausreichend ist (der Landesverband Erneuerbare Energien fordert einen Zubau von 2.000 MWp / Jahr (= 2 GWp / Jahr))

### **Mobilität und THG-Ausstoß im Verkehrssektor**

**CDU:** Halbierung der Emissionen des Verkehrssektors bis 2030 mit folgenden Mitteln: ÖPNV-Offensive (Grundtakt 15 Minuten, Anschluss aller Kommunen ab 20.000 Einwohnern an Schienen- oder Schnellbusanbindung), verbilligte Seniorentickets, Güterverkehr auf die Schienen und Wasserstraßen verlagern, Ausbau des Radwegenetzes forcieren, Förderung E-Ladesäulen, Förderung Klimaneutralität des Luftverkehrs

**SPD:** Förderung E-Ladesäulen, Umverteilung öffentlichen Raums von Auto- zum Rad- und Fußverkehr. Verbesserung ÖPNV und dessen Umstellung auf E- und Wasserstoff-Antrieb. Will/kann keine quantitativen Ziele nennen, diese aber im novellierten Klimaschutzgesetz festschreiben

**Die Grünen:** Alle Ebenen (Bund, Land, Kommunen) müssen zusammenarbeiten, da die Zuständigkeit über die Ebenen verteilt ist. ÖPNV-Ausbau mit Mobilitätsgarantie, Verdoppelung Pro-Kopf-Zuschuss ÖPNV. Fahrradgesetz für dichtes und sicheres Radverkehrsnetz soll Radverkehrsanteil von 25% ermöglichen. Gesamter Mobilitätssektor muss klimaneutral werden, aber genaue Jahresziele kann/will sie nicht nennen

**Kommentar von Frank Lehmann:** Relativ vergleichbare Qualität der Antworten, aber tendenziell sehe ich hier die CDU vorne, da sie (als einzige Partei) ein Minderungsziel für die Emissionen des Verkehrssektors nennt (Halbierung bis 2030). Die SPD geht ausführlich auf den Wechsel zur E-Mobilität ein und die Grünen sehr konkret auf die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur.